

16. Wahlperiode

Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 15

der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/Die Grünen)

aus der 73. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. November 2010 und **Antwort**

Wann folgt der Senat der höchstrichterlichen Entscheidung zur Abschaffung von nicht einzeln begründeten benutzungspflichtigen Radwegen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

Frage 1: Wie hoch ist der Anteil der benutzungspflichtigen Radwege, für die der Senat jeweils in Einzelfallbegründungen konkret dargelegt hat, dass ihre Benutzung sicherer ist, als das Fahren auf der Straße?

Antwort zu 1.: In allen Fällen der Radwegebenutzungspflicht in Berlin wird nach § 45 Abs. 9 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) jeweils konkret begründet, warum im Interesse der Sicherheit der Radfahrer/innen die Benutzungspflicht zwingend geboten ist. Durch die Rechtsprechung wurden in den vergangenen Jahren die Kriterien kontinuierlich fortentwickelt, nach denen die

Straßenverkehrsbehörden (Verkehrslenkung Berlin und in Bezirken) im Rahmen ihres pflichtgemäßen Ermessens eine auf besondere örtliche Verhältnisse bezogene Gefahrenlage qualifizieren können.

Frage 2: Wie viele Radfahrer sind beim Geradeausfahren auf der Straße getötet und schwer verletzt worden und wie viele Radfahrer wurden bei der Benutzung von Radwegen durch abbiegende Fahrzeuge schwer verletzt und getötet?

Antwort zu 2.: Die Antwort des Polizeipräsidenten in Berlin bitte ich aus der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Getötete und schwerverletzte Radfahrer/innen durch rechtsabbiegende Kraftfahrzeuge
Zeitraum: 01.01.2010 bis 30.09.2010

Örtlichkeit	getötete Radfahrer/innen	Schwerverletzte Radfahrer/innen
Radwegführung	2	13
Radfahrerschutzstreifen	0	1
Sonderfahrstreifen Busspur	0	1
Fahrbahn	0	1
Radweg	0	7
Gemeinsamer Rad- und Fußweg	0	2
gesamt	2	25

Berlin, den 06. Dezember 2010

J u n g e - R e y e r
.....
Senatorin für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Dezember 2010)